

An den Bundespräsidenten  
Herrn Frank-Walter Steinmeier  
Bundespräsidialamt  
Spreeweg 1  
10557 Berlin

Rostock, den 26.08.2019

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

wir wenden uns gemeinsam an Sie, weil wir in den Fokus der rechten Gruppierung „Nordkreuz“ geraten sind. Einer Gruppe, die Waffen besitzt und mit diesen umgehen kann, die untereinander diskutiert, wann und wie sie Menschen umbringt, die sie als politische GegnerInnen ansieht.

Wir sind in unterschiedlichen Parteien und Organisationen aktiv, doch eins eint uns: Über uns wurden Daten gesammelt, die zum Teil aus Dienstrechnern der Polizei stammen.

Obwohl das Bundeskriminalamt im Auftrag des Generalbundesanwalts bereits im August 2017 mehrere Objekte in Mecklenburg-Vorpommern durchsuchte und dabei auf unsere Namen stieß, dauerte es bis Juni 2019, bis die ersten von uns etwas darüber erfuhren.

Offiziell heißt es immer wieder, für uns hätte zu keinem Zeitpunkt eine akute Gefahr bestanden und daher wäre eine frühere Information nicht nötig gewesen. Wir denken aber, dass wir als mündige Bürger eines Rechtsstaates einen Anspruch darauf hatten, zeitnah informiert zu werden. Nur so hätten wir unsere eigenen Entscheidungen treffen können.

Doch nicht nur das bewegt uns dazu, uns an politische Institutionen und die Öffentlichkeit zu wenden. Wir haben Fragen, auf die wir Antworten erwarten und Forderungen, die über unsere individuelle Situation hinaus reichen.

1. Bis jetzt sind Medienberichte unsere einzige Informationsquelle. Dort ist die Rede von 25.000 Personen und Institutionen, über die Mitglieder von „Nordkreuz“ Informationen gesammelt haben. In unserem Bundesland sollen jetzt alle Betroffenen informiert werden. Doch was ist mit den Menschen aus anderen Bundesländern? Was ist mit den Menschen, die auf anderen Listen von militanten Rechten stehen?

Wir fordern die sofortige und umfassende Information aller Menschen, die in „Feindeslisten“ rechter Netzwerke vermerkt sind. Dabei reicht es nicht, die Betroffenen lediglich in Kenntnis zu setzen, dass sie auf so einer Liste stehen. Sie haben einen Anspruch auf umfassende Informationen zum konkreten Kontext, auf fundierte Bewertungen ihrer Gefährdungslage und auf Hinweise zu weiterführender Beratung und Unterstützung.

2. Die spärlichen Informationen, die es bisher zu „Nordkreuz“ und ähnlichen Gruppierungen gibt, sorgen nicht nur bei uns für massive Verunsicherungen. Wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft, wenn sich PolizistInnen, SoldatInnen und Mitglieder von Reservistenverbänden zusammenschließen, um den bewaffneten Umsturz vorzubereiten? Was muss sich in den Strukturen der Polizei und der Bundeswehr ändern, um so etwas künftig unmöglich zu machen?

Wir fordern einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss für eine konsequente Aufarbeitung rechter Vernetzungen innerhalb staatlicher Behörden und offizieller Verbände. Wir fordern die Schaffung einer wirksamen und nachhaltigen Selbstkontrolle in den Sicherheits- und Verteidigungsbehörden. Dazu gehört die Einrichtung unabhängiger Beauftragter, die regelmäßig den zuständigen, parlamentarischen Gremien berichten und die Einrichtung von Beschwerdestellen. Wir fordern wirksame Schritte zur Stärkung demokratischer Kultur in diesen Behörden, die einer Entstehung rechtsterroristischer Netzwerke nachhaltig begegnen kann.

3. Uns sind bisher zwei Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit „Nordkreuz“ bekannt. Gegen zwei Personen ermittelt der Generalbundesanwalt wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Eine schwere staatsgefährdende Gewalttat ist nach Strafgesetzbuch

eine Straftat gegen das Leben oder gegen die persönliche Freiheit. Wir verstehen es so, dass wir von den Beschuldigten als politische GegnerInnen erkannt, ausspioniert und entsprechend abgespeichert wurden. Wir wären deren potentielle Tatopfer gewesen.

Gegen mindestens vier Personen ermittelt die Staatsanwaltschaft Schwerin u.a. wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Warum wird dieses Netzwerk nicht als das angesehen, was es offensichtlich ist: rechtsterroristisch? Wir fordern Ermittlungen wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Wir fordern, dass sämtliche Ermittlungen gegen Mitglieder von „Nordkreuz“ und bundesweite Netzwerke, in die zumindest einzelne von ihnen nach aktuellem Erkenntnisstand eingebunden sind, beim Generalbundesanwalt gebündelt und zügig vorangetrieben werden.

4. Täglich werden in diesem Land Menschen von RassistInnen und Neonazis beleidigt, bedroht und angegriffen. Viele von ihnen, weil sie sich gegen Hetze und Ausgrenzung engagieren. Unsere politische Kultur gerät in Gefahr, wenn sie in solchen Situationen auf sich alleine gestellt sind und sich außerdem fragen müssen, ob sie vom Staat Hilfe erwarten können.

Warum werden rechte bzw. rechtsterroristische Gruppen und deren Agieren immer noch verharmlost und bagatellisiert? Warum erfahren Betroffene so selten öffentliche Anerkennung und Unterstützung? Warum führt selbst der Mord an einem demokratischen Politiker, der zuvor auf „Feindeslisten“ stand, nicht zu einem „Aufstand der Anständigen“?

Wir fordern eine eindeutige Verurteilung rechter Gewalt und Bedrohung, egal gegen wen sie sich richtet oder wo sie stattfindet. Wir fordern eine Auseinandersetzung mit den Gefahren und Folgen rechter Anfeindungen für unser demokratisches Gemeinwesen in den Parlamenten und in der Gesellschaft. Wir fordern, dass den Gefahren rechter Terrornetzwerke konsequent und auf allen Ebenen begegnet wird.

Über eine Rückmeldung Ihrerseits bis zum 20.09.2019 wären wir sehr erfreut.

Eine Gruppe von 33 betroffenen Personen und 12 betroffenen Vereinen und Verbänden  
(Namen der UnterzeichnerInnen bei LOBBI e.V. hinterlegt)

*Anmerkungen:*

*Dieser Offene Brief wurde am 26.08.2019 verschickt an:  
Den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland  
Den Präsidenten des Deutschen Bundestages  
Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland  
Den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat  
Die Bundesministerin der Verteidigung  
Die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz*

*Dieser Offene Brief wird am 27.08.2019 an die Presse verschickt:*

*Wir werden in der Sache vom Beratungsverein LOBBI e.V. unterstützt. Das Rostocker Büro des Vereins fungiert daher als Ansprechpartner.*

*Schicken Sie Ihre Antwortschreiben bitte an: LOBBI e.V., Hermannstraße 35, 18055 Rostock*